

Bürokratie | 28.05.2015 | Lesezeit 2 Min.

Mindestlohn treibt Kosten

Vor mittlerweile fast einem Jahrzehnt hat die Bundesregierung begonnen, bürokratische Vorgaben zu verringern – und sie war dabei durchaus erfolgreich. Jetzt aber nehmen die administrativen Pflichten der Unternehmer wieder zu.

Die Kosten, die der Wirtschaft durch Informations- und Dokumentationspflichten aus Gesetzen und Verordnungen des Bundes erwachsen, sind seit dem Jahr 2006 um rund 25 Prozent beziehungsweise 12 Milliarden Euro gesunken.

Das ist allerdings nur die halbe Wahrheit. Denn bisher wurde nur gemessen, welchen administrativen Aufwand Bundesgesetze verursachen – die Kosten für die Erfüllung der Auflagen fielen in dieser Berechnung unter den Tisch. Das hat sich geändert – wie das Beispiel Mindestlohn zeigt (Grafik).

Mit der Einführung des Mindestlohns sind für die Unternehmen Mehrausgaben von jährlich 9,6 Milliarden Euro verbunden.

Unternehmen: Die Kosten der Bürokratie

Jährliche Mehr- oder Minderausgaben durch 2014 beschlossene Bundesgesetze in Millionen Euro

Gesetz zur Stärkung der Tarifautonomie (Mindestlohn)	9.600,0
Mietrechtsnovellierungsgesetz	523,6
Modernisierung der Finanzaufsicht über Versicherungen	100,1
Kleinanlegerschutzgesetz	65,0
Verordnung zur Ausgestaltung des Gewerbeanzeigeverfahrens	-18,0
GKV-Finanzstruktur-Gesetz	-21,6
5. Gesetz zur Änderung des SGB IV	-126,8

5. Gesetz zur Änderung des SGB IV: Optimierung von Meldeverfahren in der Sozialversicherung; Quelle: Bundesregierung

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2015 IW Medien · iwd 22

Dieser Betrag setzt sich zusammen aus der Zahlung höherer Löhne und dem Aufwand für die zusätzliche Bürokratie. Denn in vielen Branchen – wie dem Baugewerbe – müssen die Arbeitszeiten bis zu einem Monatslohn von 2.958 Euro brutto detailliert dokumentiert werden. Damit will das Arbeitsministerium verhindern, dass Firmen das Arbeitszeitgesetz überschreiten und so viele unbezahlte Überstunden anordnen, dass letztlich doch Stundenlöhne von weniger als 8,50 Euro herauskommen. Allerdings hätten Bauarbeiter dann eine Wochenarbeitszeit von mehr als 78 Stunden zu stemmen – das ist realitätsfern.

Zudem müssen sich Unternehmen von allen inländischen Zulieferern – dies können Tausende sein – die Einhaltung des Mindestlohns garantieren lassen. Der Bürokratieaufwand für diese Kontrolle der Subunternehmer und Lieferanten wurde bislang noch nicht einmal gemessen, da er als indirekte Gesetzesfolge gilt: Eine Firma kann auf die Kontrolle verzichten, haftet dann aber bei Unterschreitung der 8,50 Euro trotzdem auch für ihre Zulieferer.

Weitere bürokratische Regeln sind auf dem Weg. Das Arbeitsministerium will die Arbeitsstättenverordnung verschärfen. Viele fensterlose Räume dürfen dann nicht mehr genutzt werden. Problematisch ist auch das Vorhaben der Koalition, Teilzeitbeschäftigten ein Rückkehrrecht in Vollzeit einzuräumen. Mittelständler würden bei der Umsetzung des Vorhabens schnell an ihre organisatorischen Grenzen stoßen.

Demzufolge wundert es eigentlich niemanden, dass die Unternehmen den angeblichen Fortschritten beim Bürokratieabbau eher skeptisch gegenüberstehen. In einer von TNS Emnid für die Softwarefirma Sage vorgelegten Studie sagt nur 1 Prozent der 400 befragten Mittelständler, dass sie 2014 den Rückgang der Bürokratiebelastung wahrgenommen haben. Fast 70 Prozent beklagen stattdessen eine Zunahme.

Wissenschaftspreis Bürokratie

Im Mai 2015 hat das Institut der deutschen Wirtschaft Köln zum ersten Mal den Wissenschaftspreis Bürokratie vergeben. Der mit 5.000 Euro dotierte Preis für Arbeiten zum Thema administrative Auflagen und Methoden zu ihrer Verringerung wurde von IW-Gründungsdirektor Fritz Hellwig gestiftet. Eine hochrangig besetzte Jury sprach den Preis einer Arbeit zu, die sich mit der Arbeitsweise der Europäischen Kommission und ihren Regulierungsansätzen im Falle fehlender Einigkeit der 28 Mitgliedsländer befasst.

Kernaussagen in Kürze:

- Mit der Einführung des Mindestlohns sind für die Unternehmen Mehrausgaben von jährlich 9,6 Milliarden Euro verbunden.
- Der Betrag setzt sich zusammen aus der Zahlung höherer Löhne und dem Aufwand für die zusätzliche Bürokratie.
- Fast 70 Prozent der Mittelständler beklagen, dass seit 2014 die Bürokratiebelastung zugenommen habe.